Bund will Moscheegemeinden bei Integrationsarbeit unterstützen

18. November 2019



Berlin (KNA) Mit rund sieben Millionen Euro will die Bundesregierung zunächst bis 2022 die Integrationsarbeit von Moscheegemeinden fördern. In der auf drei Jahre angelegten Pilotphase sollen circa 50 Gemeinden davon profitieren, wie das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) am Freitag in Berlin mitteilten. Beim Bamf liegt auch die Federführung des Programms „Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation“.

„Ich bin davon überzeugt, dass wir damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten“, sagte Innenminister Horst Seehofer (CSU). Bamf-Präsident Hans-Eckhard Sommer fügte hinzu, Ziel des Programms sei es, „Orte der nachbarschaftlichen Vernetzung“ zu schaffen. Erstmals setze man direkt bei den Moscheegemeinden vor Ort an, hieß es. Unterstützt werden sollen beispielsweise Beratungsangebote und die Sozialarbeit. Bewusst angesprochen sind auch kleine oder sich im Aufbau befindliche Gemeinden.

Als Trägerorganisationen fungieren die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, das Goethe-Institut, die Otto Benecke Stiftung und der Paritätische Gesamtverband. Sie sollen bei Bedarf etwa Verwaltungsaufgaben übernehmen. Ein Experten-Beirat begleitet das Vorhaben. Geplant ist zudem eine „wissenschaftliche Evaluation von Förderansatz und Förderweg“.

Das Programm ist ein Ergebnis der von Seehofer im vergangenen Jahr neu gestarteten Deutschen Islam Konferenz. Die 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegründete Islamkonferenz dient als Plattform für den Dialog zwischen Staat und Muslimen.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - tlllp-89-00072)

Stand: 16. November 2026